

Wohnheimeskalation und ganz viel Parataalk

Teuer, teurer, Deutschland - hohe Gaspreise, teure Importgüter, volle Mehrwertsteuer. Die ganze Welt und natürlich auch die deutsche Gesellschaft ist von der Inflation betroffen. Manche (Student:innen) mehr als andere und das zeigt sich ganz deutlich in den Wohnheimen! Die Miete in den Wohnheimen bezahlen die Bewohner:innen nämlich nicht nur für sich selbst, sondern auch für die zahlreichen anderen Lebewesen in ihren Appartements, wie für Silberfische, Pelzkäfer oder Dickmaulrüssler, die ganz for free im Wohnheim mitleben dürfen. Die haben allerdings Glück gehabt, denn von der Mietpreiserhöhung sind sie nicht betroffen! In dieser Ausgabe erfahrt ihr, wie es den Student:innen in den Wohnheimen ergeht, aber auch wie die Politiker:innen mit der Situation im Land und in anderen Ländern umgehen oder besser gesagt nicht umgehen. In dieser Ausgabe geht es um die Leute, die in den ganzen Politiksendungen gern übersehen werden.

:Die Redaktion

FINANZTALK AM CAMPUS

Viele Fragen und Antworten:
Das Interview mit AStA Finanz-
referentin Yanki Yilmaz

3



POLITIK UND INFLATION

Wie geht die Politik mit der Inflation
um und wer sind die wahren Lei-
denden?

6



Alle Artikel und mehr im Internet unter:

Website: bszonline.de

Facebook: [:bsz](https://www.facebook.com/bsz)

Twitter: [@bszbochum](https://twitter.com/bszbochum)

Insta: [@bszbochum](https://www.instagram.com/bszbochum)

Inflation who? Don't know her.

Weg mit den ganzen Fachbegriffen! Ich habe mir dieses Inflationsding so verständlich wie möglich von VWL-Brain Yanki Yilmaz erklären lassen. Yilmaz ist nach langer Zeit nicht nur die zweite Finanzerin of Color vom AstA an der Ruhr-Uni Bochum (RUB), sondern auch Expertin, wenn es um Wirtschaft, Soziales und alles, was mit Geld zu tun hat, geht.

bsz: Yanki, Inflation hier, Inflation da – überall ist dieses Wort zu hören, doch was genau bedeutet das eigentlich?

Yanki: Zunächst bezeichnet Inflation nur die anhaltende Veränderung eines Preisniveaus, weshalb die Inflationsrate auch „Preisänderungsrate“ genannt wird. Die Inflationsrate wird mittels des Verbraucherpreisindex gemessen, welcher versucht, einen typischen Warenkorb – kann man sich auch als Einkaufskorb vorstellen – mit den am häufigsten nachgefragten Waren und Dienstleistungen abzubilden. Dieser „Einkaufskorb“ wird mal teurer und mal billiger, was von den Preisen und dem aktuellen Wert deines Geldes abhängt. Eine anhaltende Preissteigerung ist eine positive Inflationsrate. Diese kommt zustande, wenn gesamtwirtschaftlich mehr nachgefragt wird als angeboten. Man bekommt also für das gleiche Geld weniger Güter und Dienstleistungen.

Ah ok, das passiert gerade! Die Angebote sind viel weniger und damit die Kosten abgedeckt werden können werden die Preise erhöht. Welche Ursachen gibt es denn so dafür?

Yanki: Es kann sehr viele Ursachen für die aktuellen Preisveränderungen geben. Man möge sich daran erinnern, was während der Pandemie alles passiert ist: Das Warenangebot war drastisch gesunken und die Nachfrage nach bestimmten Gütern wurde umso größer. Die Bevölkerung hat angefangen zu „hamstern“, weshalb das bereits reduzierte Angebot stark ausgeschöpft wurde und es zu Lieferengpässen bei bspw. Klopapier oder Mehl kam. Das hat sich alles dann

in den hohen Preisen widerspiegelt. Natürlich kommt aktuell zu der Pandemie und dem nun modifizierten Angebot die Kriegslage in der Ukraine hinzu. Das Angebot wird wieder knapper, gerade im Hinblick auf die Energieversorgung.

Solche Wirtschaftskrisen wiederholen sich – warum ist das so und wie können sie vermieden werden?

Yanki: Man kann sich die Wirtschaftsentwicklung wie eine Welle vorstellen, die mal höher und mal tiefer ist und sich Hoch- und Tiefphasen ständig im Wechsel befinden, deren Länge meist schwer einzuschätzen sind. Deshalb sollte man trotz Umstände versuchen, positiv und sicher zu bleiben, denn es warten bessere Zeiten auf uns. Vermieden können Finanz- und Wirtschaftskrisen also nicht. Allerdings könnte man Erkenntnisse aus den Erfahrungen ziehen, die für die kommenden Krisen von Nutzen sein könnten.

Wie könnte sich Inflation auf den Studi-Alltag auswirken?

Yanki: Die Inflation betrifft ja nicht nur einzelne Personengruppen, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Dennoch ist es für diejenigen, die kein geregeltes Einkommen haben und zudem auf die Verfügbarkeit günstiger Grundnahrungsmittel oder einer preiswerten Energieversorgung angewiesen sind, besonders schwierig. Dazu zählen halt besonders Studierende. Man kann sich die gewohnten Güter, wie zum Beispiel Sonnenblumenöl, Eier, Brot, Wurst und Käse, nicht mehr leisten und auf ein Mal sieht das tägliche Frühstück ganz anders aus.

Ok, das war alles sehr informativ, und auch eine hard pill to swallow – Gibt es denn keine Aussicht auf Besserung?

Yanki: So wie viele Krisen im Leben ist diese Zeit auch nur ein temporärer Zustand. Daher sollten wir uns darum bemühen, die aktuellen Herausforderungen nicht allzu negativ zu betrachten, sondern den Lerneffekt, den wir aus den zahlreichen täglichen Erfahrungen ziehen, gemeinsam mit unserer neuen Selbstorientierung positiv für unsere Zukunft zu verwerten. Wenn wir uns in unser zukünftiges Ich hineinversetzen und auf die heutige Zeit zurückblicken, so können wir stolz darauf sein, diese überstanden zu haben.

dieses Interview führte :Nathalia Rodriguez

Hier ein paar Spartipps von Finanz-Expertin Yanki Yilmaz:

1. Identifiziere deine Fixkosten und variablen Kosten, d.h. notiere dir diejenigen Kosten, die du unabhängig von deinem Einkommen hast, wozu bspw. Miet-, Strom- und Internetkosten zählen, und berechne den Teil, der übrig bleibt. Erstelle eine Liste mit den für dich notwendigsten Konsumgütern, die du damit finanzierst. Das restliche Geld könnte man wahlweise anlegen bzw. für schlechte Zeiten oder Ziele zur Seite legen.
2. Konsumiere möglichst vorausschauend, achte also auf Angebots- und Rabattaktionen. Oft sind Eigenmarken von Lebensmittel- oder Drogeriemärkten günstiger. Als Studierende profitiert man an vielen Stellen von diesem Status. So ist im Sozialbeitrag eine Schauspielhausflat, mit der man Vorstellungen kostenlos besuchen kann, und ein nextbike-Beitrag, mit dem man sich für eine Stunde Räder an den Stationen ausleihen kann.
3. Und nachhaltig leben! Wer sich kein Fahrrad ausleihen und lieber das eigene, das kaputt ist und ewig im Keller rumliegt, nutzen möchte, kann es bei der AstA Fahrradwerkstatt vorbeibringen und wieder in Fahrt bringen. Kleidung recyceln, im RepairCafé Altgeräte funktionsfähig machen und anderen glücklichen Leuten weiterverkaufen, mit den Zutaten im Kühlschrank und vom foodsharing kreativ werden – die Möglichkeiten sind unendlich! Denn langfristig ist alles, was für den Planeten gut ist, auch gut für einen selbst.
4. Der AstA bietet eine Sozialbeitragsübernahme an, um hilfsbedürftigen Studierenden über die Runden zu helfen. Den Antrag kann man auf unserer Webseite asta-bochum.de/sozialberatung finden. Auch sind wir sehr froh über unsere Kooperation mit foodsharing, die uns regelmäßig mit bunten Lebensmitteln beliefert, die für unsere Studierende im AstA-Flur (Studierendenhaus) bereitgestellt werden. Vorbeischauen lohnt sich also auf jeden Fall!

Mietpreiserhöhung nun auch im AKAFÖ

Zum 01.10.2022 erhöht das AKAFÖ die Nebenkosten in ihren studentischen Wohnanlagen. Eine Preiserhöhung in den Mensen und Cafeterien zum 15.08.2022 ist ebenfalls vorgesehen.

Die Inflation macht sich derzeit nicht nur in den Supermarkt-Regalen oder den Zapfsäulen der Tankstellen bemerkbar, sondern spiegelt sich allgegenwärtig in unserem täglichen Leben wider. Der neue Geschäftsführer des AKAFÖ, Frank Weeke, sagt hierzu: „Solange das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt und die Preiserhöhungen nachvollziehbar sind, werden sie auch akzeptiert“. Doch nun

ist es zu dem gekommen, wovon viele

Studis große Sorge hatten.

Das Akademische Förderungswerk (AKAFÖ) hat in einem Schreiben an alle Mieter:innen verkündet, dass sich die monatliche Mietpauschale zum 01.10.2022 um 40 Euro monatlich erhöhen wird. In einem Interview mit Christiane Heckeler von der AKAFÖ Unternehmenskommunikation berichtet sie mir, wie es zu den Mietpreiserhöhungen kam und gibt einen Ausblick, wie die Sichtweise des AKAFÖs dazu ist. Doch zunächst erfolgt ein kleiner Ausblick, was genau der Bereich Wohnen des AKAFÖ anbietet - mit rund 4500 Wohnplätzen in Bochum, Gelsenkirchen, Bocholt und Heiligenhaus bietet das AKAFÖ Wohnen für jeden Geschmack und Geldbeutel an. Neben den verschiedenen Wohnformen, wie einem Zimmer in einer Wohngemeinschaft, werden auch ein eigenes Apartment oder ein Einzelzimmer auf einer Gemeinschaftsetage angeboten. Student:innen mit einem Handicap haben zudem die Möglichkeit, in einer behindertengerechten Wohnanlage zu wohnen. Dem *ct das radio* gegenüber sagt Stefan Grob, der Sprecher des deutschen Studentenwerks in Berlin, es sei wichtig, dass die Bundesregierung in ihren Notfallplänen ebenfalls Studierende berücksichtige. Zudem betont er die signifikante Rolle der Präsenzlehre in den Hochschulen. Die steigenden Energiekosten betreffen die gemeinnützigen Studierendenwerke, genauso wie andere private Haushalte – dies



bedeutet im Umkehrschluss, dass sich die Nebenkosten in den Wohnheimen erhöhen müssen. Der Bereich des AKAFÖ Wohnen, so Frau Heckeler, habe versichert, dass die Pauschalmiete unverändert bleibt. Es würde lediglich eine Erhöhung der Nebenkosten stattfinden, die aufgrund der steigenden Energiepreise mittlerweile unumgänglich ist. Dennoch sei darauf hinzuweisen, dass trotz der Mietpreiserhöhung die Mieten beim Studierendenwerk im Vergleich zum privaten Wohnungsmarkt deutlich rentabler sind, denn ohne die Studierendenwerke würde es eine Kostenspirale im Bereich junges Wohnen geben. Um den einzelnen Mieter:innen der Wohnanlagen einen finanziellen Anreiz zu schaffen, werden derzeit Konzepte zu einer Energiesparkampagne gesammelt.

„Wir müssen auch nochmal betonen, dass wir seit 2017 die Mieten nicht erhöht haben“, so Christiane Heckeler. Als gemeinnütziger Verein ist es Studierendenwerken, wie beispielsweise dem AKAFÖ, untersagt, Gewinne anzuhäufen. Die Studierendenwerke betonen, dass sie mehr von Bund und Ländern unterstützt werden müssen, um die Kostenzuschüsse nicht eins zu eins an die Studierenden weiterzuleiten. Die im Oktober in Kraft tretende Mietpreiserhöhung seitens AKAFÖ sei eine Mischkalkulation, so die Sprecherin des AKAFÖs. Zum 15. August sehen sich die Einrichtungen der Mensen und Cafeterien notgedrungen, die Verkaufspreise je nach Menü um 0,10 bis 0,60 Euro zu erhöhen, um die gestiegenen Einkaufspreise abzudecken. Auf studentischer Ebene sei das AKAFÖ in regelmäßiger Korrespondenz, hat einen Verwaltungsrat und versucht beim Landes-Asten-Treffen für die Interessen der Studierendenschaften und Studierendenvertretung einzustehen. Als sozialer Versorgungsdienstleister ist es dem Akademischen Förderungswerk wichtig, für die Belange der Studis einzustehen und das auch auf Bundes- und Länderebene. Die prekäre Situation der Student:innen wird wahrgenommen – zwar bekommen circa 11 Prozent von ihnen BAföG und somit auch einen einmaligen Heizkostenzuschuss von 230 Euro, doch nicht alle Student:innen sind BAföG-berechtigt. Die Sozialverbände fordern unter anderem Ausgleichsfonds für gering verdienende Haushalte, die von den Nebenkostensteigerungen betroffen sind.

:Asli Baskas

STUDI-STIMMEN ZUR MIETPREISERHÖHUNG

Inflation, Strom, Gas und jetzt die Mietpreiserhöhung - Wie immer sind auch Student:innen nicht vor den Sorgen der Gesellschaft geschützt. Wir haben das Gespräch mit einigen Wohnheimbewohner:innen gesucht und sie zu der Situation und zu den Konsequenzen, die die Mietpreiserhöhung für sie haben wird, befragt.

I was very confused when I got the news. What makes me mad is that there is a new apartment from AKAFÖ which is nice and freshly renovated. My friend lives there. She pays like 340/350 quid. They don't have to pay more! Honestly, without the increase in payment I didn't bother about the situation in the student dorms here because it was alright for the money, but now I am just angry. We thought about a petition, but we were informed that the AKAFÖ acted within its legal rights...

Früher hab ich für meinen Wocheneinkauf ca. 30€ ausgegeben, mittlerweile komme ich unter 50€ nicht mehr aus dem Aldi raus. Ohne die Hilfe meiner Eltern wäre ich echt aufgeschmissen, die lassen mich in deren Kühlschrank „einkaufen“. Mein Bafög reicht vorne und hinten nicht und ich arbeite nebenbei. (...) Habe tatsächlich überlegt, wieder zu meinen Eltern zu ziehen, aber ich wohne in Minden. Das ist einfach zu weit.

My standard of living was already super low, but now with the expensive rent I am not sure how to pay for food for a whole month. I started looking for a new job to earn more, but it's hard to find one. (...) I don't get why they increased the rent so much, it's not like we live in a 5-star hotel. I literally have bugs in my room like silverfish, and I know I am not alone with that problem. (...) It's not like I could go back home. I am alone here.

So ever since I started living here I've felt like there is constantly a problem. Every other week there is no water, energy or internet in the apartment or in the building for a whole day. I was told that there is a fitness room, but it was closed due to Covid which is also bullsh*t because as a student from abroad myself and others had a hard time. Everything including Uni was closed, so we couldn't socialize, and a fitness room would have helped a little. Also, we can't use the washing machines for free like in other student dorms.

:Miena Momandi

Der Euro – mehr als eine Währung

In dem Staat Kroatien wird im nächsten Jahr der Euro als neue Währung eingeführt werden. Er wird die Kroatische Kuna ersetzen. Wir nehmen dies zum Anlass, um Euch aufzuschlüsseln, welche Faktoren dahinterstecken.

Seit dem 30. Mai 1994 und noch bis zum 1. Januar 2023 bleibt die Kuna die Währung der Republik Kroatien. Anfang des neuen Jahres wird die Kuna, von der eine etwa 13 Cent entspricht, dem Euro weichen. Damit in einem Staat oder einem ganzen Land die europäische Währung eingeführt werden darf, müssen bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sein.

Grundbausteine

Damit der Euro eingeführt werden kann, muss der betreffende Staat Mitglied der Europäischen Union sein. Dieses Kriterium erfüllt Kroatien seit dem 1. Juli 2013, nachdem der Staat zehn Jahre zuvor am 21. Februar 2003 den Antrag auf eine Vollmitgliedschaft gestellt hatte. Grundsätzlich sind alle Mitgliedsstaaten bis auf Dänemark zur Einführung des Euros verpflichtet, sobald sie die Kriterien erfüllen. Neben der EU-Mitgliedschaft müssen die Euro-Bewerbungsländer eine hohe und dauerhafte wirtschaftliche Konvergenz – diese definiert sich aus den Kriterien Preisentwicklung, Wechselkursentwicklung, Entwicklung der langfristigen Zinssätze und Entwicklung der Finanzierungssalden und der Staatsverschuldung – und mit den Euro-Ländern erreicht haben. Dies ist unabdingbar für Ländern, in denen eine gemeinsame Währung herrscht, damit alle von einem stabilen Geldwert profitieren können. Außerdem müssen Länder oder Staaten wie Kroatien auch rechtliche Anforderungen erfüllen: Laut der Website der Europäischen Zentralbank „müssen nationale Rechtsvorschriften mit dem AEU-Vertrag (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Anm. Redaktion) und dem Vertrag über die Europäische Union und insbesondere mit der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank im Einklang stehen.“ Weil Kroatien diese Vorgaben erfüllte, billigten die EU-Finanzminister:innen die Aufnahme Kroatiens in den Euro-Raum formell und der kroatische Finanzminister Zdravko Maric unterzeichnete in Brüssel die erforderlichen Dokumente für die Einführung des Euro. Somit wird Kroatien das 20. Land sein, in das der Euro eingeführt werden wird.



Der Euro: Ja oder Nein?

In Kroatien scheiden sich die Geister an der Einführung des Euros. Viele Menschen sorgen sich darum, dass die Lebenshaltungskosten für sie ab 2023 deutlich zunehmen könnten. Andererseits sieht beispielsweise der Gouverneur der kroatischen Nationalbank Boris Vujčić dem Euro-Beitritt sehr positiv entgegen: „Vor fünf Jahren haben wir uns auf den Weg in die Eurozone gemacht, heute ist der endgültige Beschluss dazu gefasst worden. Ich betrachte den heutigen Tag als einen historischen Tag ... Die Mitgliedschaft in der Eurozone wird den kroatischen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen viele Vorteile und mehr Sicherheit bringen und unser Land zu einem attraktiveren Investitionsziel machen. Auf lange Sicht wird das definitiv den Lebensstandard in Kroatien erhöhen.“

Des Weiteren ahnt die Tourismusbranche in der Euro-Einführung ihre Chance. Durch die Aufnahme in den Euro-Raum wird das internationale Reisen erleichtert, sodass Währungen nicht mehr umgetauscht werden müssen. Dies könnte Kroatien für viele Urlauber:innen aus der Europäischen Union attraktiver machen und langfristig für einen wirtschaftlichen Zuwachs sorgen.

:Rebecca Voeste

Inflation in der Türkei steigt weiter an



Die Menschen in der Türkei wissen kaum noch, wie sie ihr Leben finanzieren können. Neben den Lebenshaltungskosten, die auf fast 80 Prozent gestiegen sind, steigen die Produzentenpreise ebenfalls an. Diese erhöhten sich auf Jahressicht um 138 Prozent. Außerdem gibt es Vorwürfe seitens der Opposition gegen die Regierung.

Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Zu den Inflationsursachen gehört, die seit längerem schwache Landeswährung Lira - diese sorgt in der Bevölkerung für Unbehagen, da importierte Güter in der Türkei versteuert werden. Ebenfalls sei es zu berücksichtigen, dass die Preise vieler Rohstoffe steigen und das vor allem wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Ein Großteil der Beschäftigten in der Türkei arbeitet im Niedriglohnsektor, um genau zu sein 60 Prozent – viele von ihnen zum Mindestlohn. Zwar wurde dieser erst kürzlich auf 5500 Lira angehoben, dies entspricht circa 330 Euro monatlich, doch zugleich steigen die Preise auch überall sonst an. Nach den Berechnungen des Gewerkschaftsbundes Türk-İs benötigt man in der Türkei 6840 Lira, umgerechnet 374 Euro zum Leben. Demzufolge liegt der Mindestlohn 20 Prozent unter der „Hungergrenze“. Das Land steckt derzeit in einer wirtschaftlich schwierigen Lage und viele Ökonomen sind der Meinung, dass die türkische Notenbank sich nicht entschlossen genug gegen die Teuerung stemmt - stattdessen ist die Geldpolitik seit vergangenem Sommer gelockert worden.

Um der Erhöhung der Inflation entgegenwirken zu können, ist es laut einer gängigen ökonomischen Lehre notwendig, die Zinsen zu erhöhen. Hingegen argumentiert der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, dass hohe Zinsen Inflation verursachen. Demzufolge verzichtet die Notenbank bislang auf Zinserhöhungen. Es gibt viel Aufruhr in der Bevölkerung, besonders bei jungen Erwachsenen. Viele von ihnen können sich derzeit nicht vorstellen auszuheizen, Kinder zu bekommen oder gar zu heiraten. Es scheint so, als würden viele Träume platzen. Doch viele Bürger:innen der Türkei wollen die Inflation nicht mehr hinnehmen, so auch Cihan Uyanik, der an der Technischen Universität in Istanbul Ingenieurwesen studiert. Gemeinsam mit anderen hat er die Initiative „Wir können nicht überleben“ gegründet – diese möchte als Sprachrohr für diejenigen fungieren, die in der gleichen Situation oder eher gesagt Zwickmühle stecken. Um dem Gehör zu verschaffen, protestieren sie auf den Straßen, starten Unterschriftenaktionen gegen die Mietpreissteigerungen und zeigen auf, was hinter den Preiserhöhungen steckt. Trotz all dem müssen genau diese Menschen, die auf die Straße gehen, jederzeit mit Repressalien der Staatsmacht rechnen. Doch auch für Erdoğan dürften die lauten Gegenstimmen der Bürger:innen künftig zu einem brisanten politischen Problem werden und bald nicht mehr unüberhörbar sein - denn im nächsten Frühjahr sollen die Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden. Laut einer Umfrage von Ende Juli liegt seine regierende Partei AKP nur noch bei 29 Prozent. Im Vergleich dazu hatte er bei der Wahl 2018 mit 43 Prozent abgeschnitten.

:Asli Baskas

ENERGIEKRISE UND DAS SPIELERISCHE ENTERTAINMENT

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der König Fußball quasi unangreifbar erscheint und alles dafür gemacht wird, dass der Ball rollt. Aber die Stimmen zum Energiesparen werden lauter. Es wird jedoch aktiv gegen einen „Energie Lockdown“ insbesondere für Amateurfußballer:innen gekämpft, da die oberen Ligen durch entsprechende Partner:innen über größere finanzielle Mittel verfügen.

Auch im Fußball ist die Energiekrise angekommen. Hierbei zeigt sich jedoch, dass einige Vereine, besonders die höherklassigen, besser aufgestellt sind als andere. Doch es zeichnet sich ab, dass Vereine, die den Aspekt Nachhaltigkeit mitgedacht haben, klar im Vorteil sind. So zum Beispiel der Sport Club aus Freiburg. Mit dem Bau des neuen Stadions wurde klar auf erneuerbare Energien gesetzt. Das Ziel war, so hieß es von Offiziellen des Vereins, „sich unabhängig von Preisschwankungen zu machen“ und auf „nachhaltige Energie“ zu setzen. Das sieht wie folgt aus: 6200 Solarpanels schmücken das Dach des Stadions und

können eine Spitzenleistung von 2,4 Megawatt erzeugen. Spitzenklasse in der Bundesliga und mit rund 1700 Sonnenstunden im Jahr in der sonnenreichsten Stadt Deutschlands ein wichtiger Schritt Richtung nachhaltige Versorgung. Die Wärmeversorgung des Stadions wird mit der Abwärme eines benachbarten Chemiekonzerns sichergestellt. Insbesondere die Rasenheizung zeigt sich bei den Fußballvereinen, als Energiefresser und sehr energieintensiv. Aber auch die Belichtung über das Flurlicht kostet die Vereine sehr viel Energie. Bayer Leverkusen optimiert aus diesem Grund den Energieeinsatz der Rasenheizung, indem sie mit einer Wetterstation gekoppelt ist. Das führt dazu, dass der Einsatz der Heizung auf konkrete Bedarfsfälle beschränkt bleibt. Beim FC Bayern wird die Heizung nicht mehr von Gas betrieben, sondern mit einer Luft-Wärme-Pumpe, die großenteils über Solarstrom Energie bekommt. Circa die Hälfte der Vereine in der Bundesliga haben ihre Lichtquellen ausgetauscht. So leuchten nun in vielen Stadien LED-Leuchten, die zwar in der Anschaffung teurer sind, aber im Betrieb kostengünstiger und langlebi-

ger sind. Das Licht ist nämlich eine wichtige Konstante für die Spiele. So funktioniert die Torlinientechnik nur hundertprozentig, wenn die Lichtverhältnisse ausreichend sind. Dasselbe verhält sich für qualitativ hohe Spielübertragung ein weiterer Grund, warum einige Vereine darüber mit der Deutschen Fußball Liga (DFL) und TV-Produktionsfirmen im Austausch stehen, die Anstoßzeiten anzupassen. Denn Energie zu sparen, auch über einen „Teilverzicht“, sei eine „gesamtgemeinschaftliche Aufgabe, der wir uns nicht entziehen, so ein Sprecher des SV Weder Bremens.

Könnte es zu einem einheitlichen Energiekonzept der Vereine kommen? Jein! Einigen Vereinen gehört das eigene Stadion, andere sind nur zur Miete in den Stadien, wiederum andere sind nur Miteigentümer! Das heißt: zu unterschiedlich sind die Voraussetzungen der einzelnen Vereine! Viele Vereine unterliegen jedoch jetzt schon den städtischen Maßnahmen. So werden die Stadien nur noch an Spieltagen beleuchtet oder in der Gastronomie die Kühlschränke unter der Woche ausgeschaltet. Eins ist klar – der Verzicht im Fußball in Sachen Energiehaushalt wird sich nicht aufhalten lassen. Ein positiver Nebeneffekt hat tatsächlich die verhasste WM in Katar. Denn vom 13. November 2022 bis zum 21. Januar 2023 ruht der Spielbetrieb in den ersten Ligen der Bundesliga.

Und der Amateurfußball?

Der Deutsche Fußball Bund (DFB) hat bis zum 15. August eine Meinungsabfrage gestartet und wollte wissen, wie es um gesellschaftlichen Stellenwert bezüglich dieser Thematik steht. Die Ergebnisse sollen zeitnah veröffentlicht werden und sollen eine Handreichung, sowie einen Barometer darstellen, wo Hilfe benötigt werden könnte. Eins ist aber klar: König Fußball wird es natürlich durch die Energiekrise schaffen.

:Abena Appiah

Auf Augenhöhe

Armut ist Teil des Alltags vieler Menschen und vor ihr die Augen zu verschließen, lässt sie nicht verschwinden. Warum jedoch auch nicht jeder Blick auf Armut ihrer Realität gerecht wird, zeigt sich im Umgang vieler Medien mit diesem Thema. Zwei Beispiele.

Dass sich Kunst mit Armut beschäftigt, ist keine neue Entwicklung. „The Family of Man“ war eine Fotoausstellung im New Yorker Museum of Modern Art, welche im Jahr 1955 eröffnet wurde und auf ihrer Welttour auch in Deutschland halt machte. Auf dieser Ausstellung wurde unter anderem auch Dorothea Langes weltberühmtes Foto „Migrant Mother“ ausgestellt. Als „Porträt der Menschheit“, welches eine universelle Natur aller Menschen darstellen sollte, konzipiert, wiesen Kritiker*innen schnell auf eine Mystifikation einer Naturverbundenheit und auch Armut hin. Zugrunde läge ein sentimentaler Humanismus, der in armen, oft nicht-weißen Menschen eine romantisierte Reflexion der eigentlichen menschlichen Natur sah – schlussendlich eine intellektualisierte Form der als „Völkerschau“ bezeichneten Zurschaustellung entführter, exotisierter und rassifizierter Menschen aus den Kolonien für die Menschen in Europa und Nordamerika. Aus einer weißen Perspektive, für ein weißes Publikum, wird über Menschen geredet, statt mit ihnen. Darstellungen von Armut in Kunst und Medien bewegen sich oft in einem Spannungsfeld aus *othering*, Ausgrenzung, sogar Verachtung, aber auch Verpflichtung und Sorge bis hin zur schon erwähnten Romantisierung des „einfachen Lebens“ in einer vermeintlich immer komplexer werdenden Welt.

Die Ausstellung „Die Unsichtbaren“ zeigt schwarz-weiß Fotografien von Obdachlosen und wurde seit 2014 an vielen deutschen Bahnhöfen gezeigt. Auf das Verdrängen, das Vorbeigehen und Wegsehen soll aufmerksam gemacht werden, die Geschichte der Fotografierten erzählen und sie als Menschen statt als Problem oder Störfaktor darstellen. Der Verkaufserlös des dazugehörigen Bildbandes geht an die Bahnhofsmissionen. Die Realität an den Bahnhöfen ist oft eine andere. Ob selbst den Porträtierten überhaupt Zugang zur Ausstellung gewährt wird, bevor sie von DB-Sicherheit oder Bundespolizei des Platzes verwiesen werden, bleibt zweifelhaft. Die Verfolgung bettelnder Menschen beispielsweise ist alltäglich, obwohl Bettelerei nicht mehr strafbar ist. Über juristische Tricks und Subunternehmen schafft die BRD die Grundlage, Bahnhöfe – die eigentlich öffentlicher Raum sein müssten, zu 100 Prozent dem Staat gehören – wie Privatgrund zu behandeln. Und somit auch Menschen, die dort Betteln oder Schlafen wegen Hausfriedensbruch zu belangen. So wurde bei der Ausstellung eventuell noch „auf Augenhöhe“ mit den Menschen geredet. Im nächsten Moment sind sie jedoch wieder mit der Realität ihrer Armut und Obdachlosigkeit konfrontiert. Da ist auch der Erlös des Bildbandes, der irgendwie einen warmen Platz im Bücherregal findet, nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

:Jan-Krischan Spohr



Vom Sparen, von Privatjets und Gratismentalitäten

Kommentar

Politiker:innen appellieren an die Bevölkerung, sparsamer zu leben, während einige von ihnen den Realitätsbezug verlieren und vergessen, dass sie in der Öffentlichkeit stehen.



Ich möchte diesen Kommentar gerne mit einem Vergleich beginnen: Das durchschnittliche Nettogehalt der Deutschen lag 2020 laut Statista bei 2.084 Euro. Dem gegenüber stelle ich die monatliche „Abgeordnetenentschädigung“ der Mitglieder des Bundestages. Sie fällt in einer Höhe von 10.012 Euro und 89 Cent aus. Davon abgesehen, dass das Wort Entschädigung für eine Summe von über 10.000 Euro mehr als unglücklich gewählt ist, verdient – pardon, ich meinte, wird ein Bundestagsmitglied in Deutschland mit der fünffachen Summe von dem entschädigt, was der Durchschnitt von uns auf dem Tisch liegen hat. Während zu unserem Gehalt natürlich gelegentliche Boni wie Weihnachtsgeld hinzukommen, müssen die Politiker:innen ihre Abgeordnetenentschädigung allerdings versteuern. Das darf man nicht vergessen.

Bezieht man jedoch mit ein, dass Bundestagsabgeordnete Rentenansprüche in Höhe von 239 Euro pro

Jahr haben und von weiteren Benefits wie Gratis-Fahrten mit der Bahn und Erstattungen von Dienstreisen in der höchsten Klasse in Zug und Flugzeug profitieren, sehen unsere 2.000 Euro alt aus. Es ist ja schön und gut, dass Politiker:innen für ihre Arbeit bezahlt werden – da sind wir uns alle einig, oder? Problematisch wird es allerdings, wenn besagte Politiker:innen durch ihre Gehaltserhöhungen vergessen, dass sie alleine durch die Abgeordnetenentschädigung brutto über das Fünffache an Geld verfügen als die Durchschnittsbürger:innen. Ganz davon abgesehen, dass ein nicht unbeachtlicher Teil der Bevölkerung noch weiter unter den 2.000 Euro monatlich liegt:

Dazu zählen zum Beispiel Studierende mit 450-Euro-Jobs, Berufe, in denen geringe Gehälter gezahlt werden, Rentner:innen und andere Personen, die gerade eben Ende jeden Monats bei plus minus Null ankommen und sich stark reglementieren müssen, um überhaupt mit ihrem Geld durch das Jahr zu kommen. Das alles spielt für manche Politiker:innen keine Rolle. Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte in einer Talk-Show, dass er ja gar nicht auf Spritpreise schaue, denn er betanke seinen Wagen nicht selbst. Er würde nicht zu den Leuten gehören, die immer ganz genau bei den Preisen hinguhen, deswegen könne er nicht viele Preise ganz kon-

kret sagen. CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz (eine kleine Anmerkung an dieser Stelle, die thematisch nicht passt, die mich aber bei Merz immer noch nicht loslässt, und die immer noch Gehör braucht, da sie nicht weniger aktuell wird: 1997 stimmte Merz gegen den Strafbestand der Vergewaltigung in der Ehe. Punkt. Lasst Euch das durch den Kopf gehen.) verteidigte seinen Privatjet – er würde weniger Sprit verbrauchen als ein Auto. Grandios. Warum habe ich keinen Privatjet? Das wäre super, wenn ich Sprit einsparen könnte. Privatjets für alle, bitte. Mit besagtem Privatjet besuchte er die Lindnerhochzeit auf Sylt. Eben jener Politiker verurteilte das Neun-Euro-Ticket als „Gratismentalität“. Nun, Herr Lindner, wie kann es sein, dass sie ein solches Ticket scharf verteilen, während Politiker:innen gratis in der Ersten Klasse fahren? Eine Jahresnetzkarte für die erste Klasse kostet 6400 Euro. Das sind 711 Neun-Euro-Tickets.

Aber klar, wenn Oma Hildegard mit ihrer knappen Rente zu ihrer finanziellen Erleichterung nur neun Euro zahlen muss, um im Alltag mobil zu bleiben – das geht nun gar nicht. Da muss Oma Hildegard das Kaffeekränzchen ausfallen lassen. Hauptsache, der Partygesellschaft auf Sylt fehlt es an nichts.

:Rebecca Voeste



Zerreißprobe für ehrenamtliche Hilfe

Kommentar

Die Tafeln machen wichtige Arbeit. Doch besonders in Krisenzeiten scheint sich die Politik darauf auszuruhen, statt selber Hand anzulegen oder finanzielle Unterstützung zu bieten. Genau das wäre jetzt jedoch wichtig.



Sogenannte „Tafeln“, also Orte, an denen Lebensmittel an Bedürftige ausgegeben oder für geringen Preis verkauft werden, sind nicht wegzudenken aus den Hilfsangeboten für Menschen, die sich anderweitig nicht zu helfen wissen. Erst 1993 wurde in Berlin die erste Tafel gegründet, eine Tatsache, die vielen jüngeren Menschen vielleicht überhaupt nicht bewusst ist. In fast allen Städten und Kommunen gibt es sie heutzutage, aus dem einfachen Grund, dass es auch in allen Städten und Kommunen Menschen gibt, die auf sie angewiesen sind. Doch es muss klar sein, dass Tafeln weder die Gründe noch die Realität von Armut bekämpfen können, sondern nur einige der schlimmsten Symptome bekämpfen. Und eine noch

größere Frage stellt sich: Wie kann es sein, dass in einem Staat, der sich die „Würde des Menschen“ an erster Stelle in die eigene Verfassung schreibt, eine Hilfsorganisation dafür verantwortlich ist, Grundbedürfnisse wie Zugang zu Nahrung zu decken. Natürlich gibt es auch Stimmen, die meinen, die Tafeln seien aus ganz anderen Gründen problematisch: Man gebe den Menschen auch noch Essen, statt sie zum Sparen und Auskommen mit Hartz-IV zu animieren – wenn man den Menschen alles schenkt, warum sollten sie dann noch arbeiten gehen? Das gemütliche Lotterleben der Armen ist so schön, man fragt sich, warum nicht mehr hart arbeitende Konzernchefs einfach ihr Geld verschenken und sich in das bequeme Fallnetz der Sozialhilfe und Tafeln sinken lassen. Aber ich schweife ab.

Es wirkt teilweise so, als würde man sich darauf ausruhen, dass es die Tafeln gibt. Warum etwas tun, um die Auswirkungen von Armut abzufedern, wenn sich ehrenamtliche Helfer*innen ja sowieso schon darum kümmern, dass die Leute etwas zu essen bekommen. Und Armut an ihren Wurzeln zu bekämpfen, wäre sowieso utopisch. Während der COVID-19-Pandemie hat sich die Lage an den Tafeln verschärft: Immer mehr bedürftige Menschen muss-

ten sie in Anspruch nehmen, viele Tafeln konnten die Abstandsregeln nicht befolgen und mussten schließen und es fehlten ehrenamtliche Helfer*innen – viele von ihnen gehörten Risikogruppen an. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine kam ein neuer Stressfaktor hinzu. Auch bei den nach Deutschland kommenden Geflüchteten mangelte es an Nahrungsvorsorgung, viele Helfer*innen verwiesen auf die Tafeln, die jedoch bereits am Limit ihrer Kapazitäten waren. Geflüchtete Menschen seien außerdem oft traumatisiert, und für den Umgang mit ihnen benötigte es Schulungen für die Ehrenamtler*innen, so Jochen Brühl, Vorsitzender Tafel Deutschland e.V. Man fühlte sich alleingelassen von der Politik, die einfach darauf zu hoffen schien, dass die Tafeln schon das schlimmste abwenden. Und einem selbst etwas Arbeit abnehmen. Nun steigen Preise bei Energie und Lebensmitteln, der Betrieb wird teurer und immer mehr Menschen brauchen Hilfe. Tafeln sollen, dürfen und können kein Ersatz für staatliche Sozialleistungen sein. Der Trend des Kaputt-Sparens in allen Bereichen, die keinen Profit erwirtschaften ist fatal für vulnerable Gruppen, das zeigt sich bei den Tafeln, aber auch in Krankenhäusern, bei der Feuerwehr oder bei den öffentlichen Verkehrsmitteln.

:Jan-Krischan Spöhr

Speiseplan

AKAFO

Mensa der Ruhr-Universität-Bochum
22.–26.08.2022

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 3,90-4,50 € (Stud.) 4,90-5,50 € (Gäste)	Afrikanisches Stew mit Couscous und Salat VG,a,a1,e,j,2,3	Rindergeschnetzeltes mit Kartoffel-Kerbelpüree, Möhrenrohkost R,a,a1,a3,f,g,i,j,3	Backkartoffel "Italia", Pesto, Tomate, Mozzarella V,c,g,h,h4,2	Feuerspieß mit Pommes und Krautsalat S,a,a1,j,2,9	Orientalisch-Bowl V,a,a1,c,g,j,2
Komponenten-essen 1,80-2,70 € (Stud.) 2,80-3,70 € (Gäste)	Hühnerfrikassee mit Pilzen und Spargel G,g Gemüseschnitte "Hong Kong" mit Asia-Dip VG,a,a1,f,2,9	Rinderhacksteak "Hacienda" mit BBQ-Sauce R,a,a1,c,j,9,10 Blumenkohl-Käsebratling mit Käsesauce V,a,a1,c,g,j,1	Schweineschnitzel mit Pfefferrahmsauce S,a,a1,a3,f,i Gemüsemaultaschen mit Schnittlauchsauce V,a,a1,c,f,i	Rindergeschnetzeltes "Chop Suey" R,a,a1,a3,f,i Brokkoli-Nuss-Knusperecke mit Joghurt-Dip V,a,a1,a4,g,h,h1,h2,i	Kibbeling mit Knoblauch-Mayonnaise F,a,a1,d,f,g,j Tofu-Geschnetzeltes VG,a,a1,a3,f,i
Sprinter 2,50-3,51 € (Stud.) 3,50-3,90 € (Gäste)	Penne-Pfanne "Verdura" V,a,a1,g	Nudelgratin mit Bohnen, Oliven und Hirtenkäse V,a,a1,g,3	Kichererbsen-Curry mit Vollkornreis VG,f	One Pot Quinoa-Chili VG,2,3	Gemüselasagne V,a,a1,g,i
Beilagen 0,80-1,00 € (Stud.) 0,90-1,20 € (Gäste)	Erbsen und Karotten VG Kohlrabigemüse VG Reis VG Gebratene Nudeln mit Gemüse VG,a,a1,f,k,1,2	Brokkoli-Röschen VG Prinzessbohnen VG Kartoffelwedges VG,a,a1 Djuvec-Reis VG,2,9	Champignon-Lauch-Gemüse VG Blumenkohl, Romanesco und Brokkoli VG Schupfnudeln V,a,a1,c Rahmkartoffeln V,g	Asiatisches Gemüse VG,k "Balance" Gemüse VG Basmatireis VG Gnocchi V,c,g,1	Paprika-Bohnengemüse VG Salzkartoffeln VG Bandnudeln VG,a,a1

Aufgrund von anhaltenden Lieferengpässen kann es zu kurzfristigen Speiseplanänderungen kommen, wir bitten um ihr Verständnis.

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet
(A) mit Alkohol, (F) mit Fisch, (G) mit Geflügel, (H) Hasi, (L) mit Lamm, (R) mit Rind, (S) mit Schwein, (V) vegetarisch, (VG) vegan, (W) mit Wild, a) Gluten, a1) Weizen, a2) Roggen, a3) Gerste, a4) Hafer, a5) Dinkel, a6) Kamut, b) Krebstiere, c) Eier, d) Fisch, e) Erdnüsse, f) Sojabohnen, g) Milch/Lactose, h) Schalenfrüchte, h1) Mandel, h2) Haselnuss, h3) Walnuss, h4) Cashewnuss, h5) Pecanuss, h6) Paranuss, h7) Pistazie, h8) Macadamia/Queenslandnuss, i) Sellerie, j) Senf, k) Sesamsamen, l) Schwefeldioxid, m) Lupinen, n) Weichtiere, 1) mit Farbstoff, 2) mit Konservierungsstoff, 3) mit Antioxidationsmittel, 4) mit Geschmacksverstärker, 5) geschwefelt, 6) geschwärzt, 7) gewachst, 8) mit Phosphat, 9) mit Süßungsmittel(n), 10) enthält eine Phenylalaninquelle, 11) kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken, 12) koffeinhaltig, 13) chininhaltig.

+++News-Flash+++News-Flash+++News-Flash+++News-Flash+++

THEMEN, DIE ES GERADE NOCH REINGESCHAFFT HABEN

Parallele Zeitdimensionen erzeugt

In der Quantenphysik gibt es neue Erkenntnisse: Ein Team des Center for Computational Quantum Physics des Flatiron Institute (New York) konnte eine Materiephase erzeugen, die zuvor noch nie beobachtet wurde. Diese zeigt ein Verhalten auf, als wäre sie Teil von zwei Zeitdimensionen. Das führt zu einer deutlich höheren Stabilität der Qbits. So nennt man die Informationseinheiten, die von Quantencomputern gespeichert und verarbeitet werden.

Blinde Menschen werden wieder sehen

Es gibt Hoffnung für Menschen mit zur Erblindung führenden Hornhauterkrankungen. Bislang war die einzige Möglichkeit, das Sehvermögen wieder herzustellen, eine Hornhauttransplantation, die eine verstorbene Person gespendet haben musste. Doch diese menschlichen Hornhäute sind selten und nur eine von 70 erkrankten Personen konnte eine solche Transplantation überhaupt durchführen lassen. Ein alternatives und günstiges Implantat hat ein Team der Universität Linköping (Schweden) nun entwickelt. Dieses besteht aus Kollagenproteinen der Schweinehaut. In einer Pilotstudie konnten schon 20 blinde Menschen ihr Augenlicht wiedererlangen.

Bochum blüht und summt und baut Essen an

Zusammen mit dem neu gegründeten gemeinnützigen Verein EssBO! Ernährungsrat Bochum e.V. startete die Stadt Bochum im Rahmen der Kampagne „Bochum blüht und summt“ ein Projekt. Dabei sollen überall in der Stadt insektenfreundliche Grünflächen entstehen. In diesem Jahr liegt der Fokus auf den Themen Artenvielfalt und Essbarkeit.

:lis

IBSZANK – DIE GLOSSE

Ja, die Krisen und die vergessenen Seelen. Corona betraf Studierende, Auszubildende und Schüler:innen nicht und so sieht es auch mit der Inflation, gar der bevorstehenden Energiekrise aus. Junge Menschen sind dem Staat so wichtig, dass für sie ein Tagesbedarf an Essen unter vier Euro in einem HartzIV Haushalt berechnet wird. Dass durch Schulschließungen für einige, die einzig warme Mahlzeit am Tag wegfiel, können wir getrost ignorieren. Naja, zur Tafel kommt Mensch als Azubi oder Student auch nicht so einfach. Zum Glück gibt es Erhöhungen wie beim Bafög, welche auch nur einem „elitären Kreis“ zustehen. Das Schöne daran? Studis über 25 oder Werkstudis dürfen die Zeche mitbezahlen, indem die Krankenversicherungsbeiträge angehoben werden! Yaaaaay! Da freuen wir uns doch. Mehr arbeiten ist auch nicht, weil dann ist Mensch nicht mehr studierend. Oder als Azubi eben in Steuerklasse 6 landet the worse! Aber vielleicht ist Bildung bald auch nur ein teures Hobby. Welches sie die elitäre Bubble leisten kann und natürlich jene, die einen Burn-out mit 25 anstreben. Cheers to the young people and next generations.

:bena

IMPRESSUM

ibsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber:

AsTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe:

Asli Baskas (asli), Rebecca Voeste (becc), Abena Appiah (bena), Jan-Krischan Spohr (kjan), Alissa Wolters (lis),

V. i. S. d. P:

Miena Momandi

Anschrift:

ibsz

c/o AsTA der Ruhr-Universität Bochum

SH Raum 081

Universitätsstr. 150

44780 Bochum

Fon: 0234 32-26900

E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz:

www.bszonline.de, facebook.com/bszbochum, twitter.com/bszbochum, instagram.com/bszbochum

Bildnachweise:

S.1 Titelbild: mimo; S.2 yanki; S.3 asli, S.4 becc, mimo

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser:innen.

GELDKRISEN UND DIE WELT

DAS ENDE DES WACHSTUMS

Zumindest aus subjektiver Sicht scheinen die letzten Jahrzehnte besonders geprägt von sich abwechselnden und überschneidenden Krisen. Eine „Krise“, das kann jedoch auch viel bedeuten: Von Wirtschaft über Klima bis zu Krieg, oft fällt dieser Begriff, um sehr komplexe und teilweise miteinander verworrene Situationen zu beschreiben. Krisen sind nicht neu, trotzdem scheint sich ihre Qualität zu ändern. Was macht das mit unserer Welt, unseren politischen Systemen und was bedeutet das für die Zukunft – und den Weg dahin? Ein paar Einblicke und Gedanken dazu gibt es auf dieser Seite.

DAS ZEITALTER DER KRISEN

Langanhaltende und starke Störungen, sowohl des politischen, wirtschaftlichen als auch gesellschaftlichen Systems, das ist laut der Definition des „Politiklexikons“ der Bundeszentrale für politische Bildung die Definition einer Krise. Möchte man nun die Krisen der letzten Jahrzehnte beschreiben, stößt man auf einige Probleme. Denn die Auswahl scheint enorm: Die Weltfinanzkrise 2008, die Klimakrise, Coronakrise... Die Liste ist lang, einige sind noch nicht überwunden, andere werden langsam erst in ihrem vollen Ausmaß bewusst.

Blickt man auf die drei Bereiche, in denen sich Krisen abspielen – also Politik, Gesellschaft, Wirtschaft – kann man versuchen, die kleineren Krisenherde auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Allen voran steht dabei natürlich die Klimakrise: Häufigere Extremwetterereignisse wie Dürren und Überflutungen zerstören Lebensräume, aber auch Agrarflächen. Kaum eine andere Krise ist unabhängig von dieser, der anthropogene Klimawandel wirkt entweder ursächlich oder verschärfend. Dabei ist die Klimakrise nicht nur eine Folge des unendlichen Wachstumsstrebens des Kapitalismus, sondern gleichzeitig auch ein Faktor für das unvermeidliche Ende dieses Paradigmas. Die Blütezeit der Expansion ist vorbei, und das schon lange. Doch ist dieses Wachstum so inhärent im Kapitalismus, dass es weiter gehen muss – entgegen jeder Realität. Die größer werdenden Handelsüberschüsse von Staaten wie Deutschland führen anderorts zu immer höher werdender Verschuldung. Die blutige Ausbeutung durch Zwangsarbeit und militärische Unterdrückung, mit dem Ziel möglichst viel Kapital zu akkumulieren und die eigene Hegemonialstellung zu sichern, war prägend für Kolonialismus und Imperialismus. Ihr Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren, sie gehörten in dieser Form jedoch im 20. Jahrhundert größtenteils der Vergangenheit an. Imperialismus verschwand nicht, sondern änderte seine Methoden. An die Stelle direkter militärischer Kontrolle und Besatzung traten die Ausübung wirtschaftlichen Drucks und die Finanzierung und Unterstützung wohlgesonnener Regime. Als Folge dieser Methoden entstanden viele der Staaten, die heute im internationalen Fokus liegen – als Streitobjekte der um Hegemonie ringenden Akteure. Die Demokratisierung ehemaliger Kolonien scheiterte vielerorts, oft zerbrochen an den ökonomischen und machtpolitischen Interessen finanziell stärkerer Staaten. Die Meinung, dass man putsche, wen immer man wolle, wenn es um die Sicherung der Rohstoffversorgung geht, wird dabei von Akteuren wie Elon Musk mittlerweile unverblümt, öffentlich klargemacht. Militärische Intervention ist dabei als Mittel weiterhin eine Option, wenn alle weniger direkten Mittel zur „Stabilisierung“ eines Staates scheitern, wie sich in Afghanistan, Somalia, Mali oder Libyen zeigt. Stellvertreterkriege, die nach dem Fall der Sowjetunion kurzfristig an Prominenz verloren, sind entweder wieder im vollen Gange oder werden befürchtet. Sind ihre Gründe oft vielschichtig, gibt es jedoch auffällige Faktoren. Dass es bei den Kriegen im Irak, Jemen und auch in Libyen um die Kontrolle über Ölvorkommen ging, streitet kaum noch jemand ab. Fossile Brennstoffe sind jedoch nicht die einzigen Spielsteine globalen Einflusses. 40 Prozent des afrikanischen Bedarfs an Weizen wird mit Exporten aus der Ukraine und Russland gedeckt. Mit der Kontrolle über die ukrainische Weizenproduktion geht also auch das Potenzial für enorme Einflussnahme auf andere Staaten einher. Taiwan wiederum ist der wohl wichtigste Produktionsort für Chips in Halbleiter, die essentiell für die moderne Industrie sind. Bei den bereits brodelnden Streitigkeiten um die Kontrolle über die stetig schmelzende Arktis spielen dortige Vorkommen fossiler Energieträger eine Rolle, aber auch eventuelle neue Handelsrouten wollen erschlossen werden. Dem Teufelskreis der sich gegenseitig bedingenden und verschlimmernden Krisen zu entkommen, wirkt wie eine kaum zu meisternde Aufgabe, und diese Erkenntnis wiegt schwer auf der Psyche vieler junger Menschen. Ein „weiter so“ ist jedoch nicht möglich und besonders jetzt ist es wichtig, das klarzumachen.

WAS TUN, WENN ES KRITISCH WIRD?

Die Klimakrise steht vor der Tür, ihre Auswirkungen werden immer klarer. Und trotzdem immer finden sich Stimmen, die sie leugnen, ihre Folgen anzweifeln, diejenigen, die sich engagieren, diffamieren und kriminalisieren. In der konstanten Flut an Nachrichten und Diskurs verlieren viele den Überblick, fühlen sich überlastet und der psychische Druck steigt. Besonders unter Jugendlichen sei in Deutschland die psychische Belastung in den letzten Jahren stark gestiegen, die Wartezeiten für Therapieplätze werden immer länger und viele sehen sich in einer ausweglosen Situation. Denn auch eine Psychotherapie ändert nichts an der ökonomischen und ökologischen Realität. Und wenn man diese ändern will, wird das stark erschwert. Man solle in die Schule gehen, statt Freitags zu demonstrieren. Einen Tagebau zu besetzen, sei viel zu radikal. Technologischer Fortschritt werde die Krise schon alleine lösen. Und wer nun gegen Ausbau fossiler Energienutzung protestiert, macht sich nur zur Helfer:in Putins. Und was ist eigentlich mit China? Während sich die Krise verschärft, verschärft sich auch der Ton und die Mittel derjenigen, die sie nicht wahrhaben wollten – oder von ihr profitieren. Denn die Verwüstung, die Krieg und Klimawandel auslösen in der Welt, die Energie- und Nahrungsmittelknappheit, die spült auch Geld in die Kassen. Übergewinne in der aktuellen Krise können viele Unternehmen verzeichnen. Eine Festung Europa, die uns „schützt“ vor den Menschen, die fliehen müssen vor den Konsequenzen unseres Systems, muss auch gebaut werden. Der Grenzschutz braucht Ausrüstung, Waffen, Fahrzeuge. Die Flugzeuge, die für Abschiebungen eingesetzt werden, gehören auch einer Airline – und die fliegt nicht umsonst. Statt Nachhaltigkeit, und zwar systemisch und nicht individuell, in den Fokus zu rücken, scheinen kurzfristige Lösungen und Profite wichtiger zu sein.

MEINUNGSSACHE:

Langfristig zu denken ist nun essentiell, denn das wurde zu lange nicht getan. Der Ausbau erneuerbarer Energien geht zu langsam voran, Kippunkte sind überschritten und viele Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr abzuwenden. Gerade deshalb ist Protest wichtig, besonders Protest der nicht einfach zu ignorieren ist. Lippenbekenntnisse zu den Zielen von Fridays for Future gab es zu genüge, getan hat sich trotzdem kaum etwas. Gleichzeitig erstreiten sich rechtsradikale, islamistische und andere reaktionäre Kräfte sich immer mehr Raum im Diskurs um die Krisen. Eine Bewegung für Klimagerechtigkeit muss dabei stark bleiben gegen Spaltung, aber auch Instrumentalisierung, denn Ziele sind wichtiger als Parteien. Auch nach Wahlsiegen der Grünen darf der Druck somit nicht nachlassen – vielmehr muss besonders hingeschaut werden, was konkret getan wird und ob Versprechen auch umgesetzt werden. Der Blick dabei muss global sein, denn Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam und nicht auf dem Rücken anderer. Abschottung kann nicht die Antwort auf ein kollabierendes System sein.